

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

2. März - 18/11
Einzelpreis DM 0.75

SCHÜTZ: NACH MIR DIE SINTFLUT

Der wachsenden Kritik aus den eigenen Reihen an seiner Regierungstätigkeit in Westberlin begegnet Bürgermeister Schütz mit dem kühl kalkulierten Hinweis, daß die SPD die nächsten Wahlen in Westberlin mit Sicherheit verlieren würde, wenn man sich in der Partei eine neue Bürgermeister-Krise leiste. Das Argument hat, so ist aus der SPD zu erfahren, "zunächst doch einigen Eindruck" hinterlassen. Da das Argument aber zugleich die Schwäche von Schütz aus seinem eigenen Mund offenbart, wird die Position des Bürgermeisters dadurch nicht gerade stärker. Landessekretär Eberhard Hesse hat die Parole ausgegeben, innächster Zeit müsse man Schütz "vor allem im Senat stützen"; er sei "seines jugendlichen Alters wegen gegen Intrigen noch nicht so gefeit". Schütz soll andererseits "abgeschirmt" werden, um ihm weitere peinliche Auftritte vor einem Publikum, das ihm intellektuell überlegen ist, zu ersparen. Schütz soll nur "in Versammlungen auftreten, wo er seines Publikums sicher ist". An eine Diskussion mit Studenten sei "überhaupt nicht zu denken".

WIRTSCHAFT: SCHILLERS FEHLPROGNOSEN

Der Schillersche Wirtschaftsoptimismus war Zweckoptimismus. Des Bundeswirtschaftsministers Prognosen für 1967 haben sich als falsch erwiesen. Wir veröffentlichen in Klammern jeweils den prophezeiten Zuwachs, dahinter die tatsächlichen Veränderungen laut Statistisches Bundesamt: Bruttosozialprodukt (4-5%): 0,3%; privater Verbrauch (5%): 0,2%; Import (7%): minus 2%; Investitionen (0,0%): minus 13%; Bruttoeinkommen aus Unternehmereinkommen und Vermögen (3,5%): minus 3,5%. Richtig vorhergesagt wurde nur die Exportentwicklung und der Staatsverbrauch.

NEUBAUER: REZEPTE ZUR SÄUBERUNG DER SPD

Der stellvertretende Westberliner Parteivorsitzende Neubauer setzt seinen Feldzug zur "Säuberung" der SPD, unbeirrt durch die schwere Krise, in die er die Partei in der Zwischenzeit gestürzt hat, fort. Der letzte Auftritt in dieser Richtung erfolgte am Mittwoch dieser Woche in einer Veranstaltung der SPD-Betriebsgruppe der Landesversicherungsanstalt, zu der auch die Betriebsgruppe der SPD an den Westberliner Hochschulen eingeladen wurde. In einem improvisierten Referat zur "inneren Lage der Stadt" unterschied Neubauer zwischen "Sozialdemokraten" und "Leuten, die mit einem Schild: Ich bin SPD-Mitglied" herumgelaufen seien. Wörtlich: "Die da bei der Vietnam-Demonstration mitmarschierten, sind für mich keine Sozialdemokraten mehr". Nach dieser Äußerung verließen vier Vorstandsmitglieder der Hochschul-Betriebsgruppe, unter ihnen die stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Weyerstahl und Börnsen, den Raum. Höhnisch rief ihnen Neubauer nach: "Hier zeigt sich ja, wer die Diskussion scheut". Der Polizeisenator forderte, die Grenzen der SPD fest abzustecken. Man müsse denjenigen "Nachhilfe" geben, "die nicht den Anstand besitzen, selbst die Konsequenzen zum Parteiaustritt zu ziehen". Neubauer bekannte sich ausdrücklich zum Rassisten-Vokabular seines Regierenden

Schütz, der auf dem Landesparteitag die SPD-Delegierten aufgefordert hatte, sich "diese Typen einmal genau anzusehen", die bei Demonstrationen dabei seien.

In dieser Veranstaltung wurde auch Neubauers Linie für die Zeit nach einem eventuellen Verbot des SDS sichtbar. Neubauer bezeichnete alle gestellten Anträge für die Vietnam-Demonstration als "Nachfolgeanträge des SDS". Offenbar sollen also alle Organisationen, die sich mit dem SDS solidarisiert haben, im Verbotsfall als "Nachfolgeorganisationen des SDS" verfolgt werden - ein Verfahren, das in der Bundesrepublik nach dem KPD-Verbot für oppositionelle Gruppen bereits angewandt worden ist.

CDU BONN: GROSSE KOALITION AUCH IN WESTBERLIN

Bonn's Innenminister Paul Lücke hat die Westberliner CDU ermuntert, ihre Oppositions-Aktivität in der Stadt zu "modifizieren". Sie solle eine "enge Zusammenarbeit" mit den "zusammenarbeits-willigen Kräften der SPD", links rechter Flügel, anstreben und dadurch den Boden für das Zustandekommen einer Großen Koalition auch in Westberlin bereiten.

SOZIALISTISCHER CLUB WESTBERLIN: DORN IM SPD-AUGE

Die Tätigkeit des Sozialistischen Clubs in Westberlin, der vor allem in den Arbeiterbezirken Neukölln, Kreuzberg und Tempelhof wirkt, ist dem Landesvorstand der SPD offenbar ein Greuel. Bekanntlich wurden gegen einzelne Mitglieder schon Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Jetzt bemüht man sich, den Parteivorstand in Bonn gegen den SC zu mobilisieren. Ein Brief an Wehner soll bereits abgeschickt worden sein, um "die Leninisten in der Sozialdemokratischen Partei unschädlich zu machen."

NÜRNBERG: REPUBLIKANISCHER CLUB GEGRÜNDET

Am 29. Februar wurde in Nürnberg, wie bereits angekündigt, ein Republikanischer Club gegründet. Er hat sich zum Ziel gesetzt, durch Diskussionen und Aktionen der fortschreitenden Entdemokratisierung in der Bundesrepublik entgegenzuwirken. Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich Vertreter von Jugendverbänden, der Jungdemokraten, der Humanistischen Union, des SDS, SHB, der Jungsozialisten, der Falken, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung und des Kuratoriums Notstand der Demokratie. Der Club ist über die Telefonnummer Nürnberg 61 43 78 zu erreichen.

PERSONALIEN

HEINZ LUKASZ, ab 1. März freier Journalist, ist der erste BZ-Redakteur, der "aus heller Empörung" über eine Geheimkonferenz der Verlags- mit der Redaktionsleitung über eine weitere Verschärfung der Anti-Studenten-Kampagne (EXTRA-Dienst Nr. 16/11) sofort gekündigt hat. Lukasz war - laut Impressum - im Ressort "Allgemeines" für die merkliche Niveausteigerung des BZ-Feuilletons (beispielsweise durch die Serie der Atelierbesuche) verantwortlich. Peinliche Panne: Trotz des Eklats stand Lukasz auch noch in der Ausgabe des 1. März als verantwortlicher Redakteur im Impressum. Andere Redakteure wollen erst dann kündigen, wenn sie eine neue Stellung in Aussicht haben.

LUTZ LEHMANN, Westberliner Schriftsteller und Fernsehjournalist, hat gegen den Leiter des Westberliner Büros der "Welt", Bernd Conrad, beim Westberliner Journalistenverband ein Ehrengerichtsverfahren beantragt. Lehmann wünscht zu prüfen, ob Conrad bei seiner Berichterstattung über die Senatskundgebung vom 21. Februar die Grundsätze der journalistischen Arbeit, wie sie die Internationale Journalistenfederation auf ihrem Kongreß in Bordeaux 1954 festlegte, verletzt habe. Im einzelnen gründet sich der Antrag auf Feststellung der Nichtbeachtung des Rechtes der Öffentlichkeit auf Wahrheit, auf Unterdrückung wichtiger Informationen und auf unsachliche Beschuldigung.

WITZ DER WOCHE

Der ehemalige Widerstandskämpfer und KZ-Häftling Heinrich Lübke versicherte gestern abend im Fernsehen glaubhaft, er könne sich nicht erinnern, jemals Bundespräsident gewesen zu sein.

NOTSTANDSGESETZGEBUNG: SPD-OPPOSITION ERFOLGREICH

"So oder so" werde vor der Sommerpause über die verfassungsändernden Notstandsgesetze entschieden werden, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthöfer, Vorstandsmittglied der IG Metall und zusammen mit dem SPD-MdB Gscheidle Führer der SPD-Fronde gegen die Notstandsgesetzgebung. Innerhalb der über hundert Abgeordnete umfassenden Notstandsgegner in der Fraktion wächst die Hoffnung, daß Gruppen der CDU/CSU-Fraktion die von ihnen vorgeschlagenen Veränderungen des Regierungsentwurfs als eine derartige "Verwässerung" ansehen, daß sie gegen eine so veränderte Vorlage stimmen werden. Matthöfers Ausspruch "so oder so" wird daher in Bonn dahingehend interpretiert, daß entweder eine "völlig entschärfte" Notstandsgesetzgebung zustandekommen werde oder gar keine.

POLIZEIPRÄSIDENT MOCH: DOCH NACH AACHEN ?

Erhebliche Differenzen zwischen Polizeipräsident Moch (CDU) und seinem Stellvertreter Prill (SPD) werden aus dem Polizeipräsidium berichtet. Prill ist Verfechter einer "ganz harten Linie", während Moch "eine ent-emotionalisierte Polizeiführung" bevorzugt. Im vertrauten Kreise ließ Moch verlauten, er erwäge immer noch, dem Ruf als Polizeipräsident nach Aachen zu folgen, da er nicht wisse, ob er dem Kleinkrieg mit seinem Stellvertreter, der schließlich den Polizeisenator hinter sich habe, gewachsen sei.

MEHRHEIT DES LANDESJUGENDRINGS: FÜR RISTOCK, BECK UND GLEITZE

Gegen "die unerträgliche Weise, in der die Berliner Öffentlichkeit gegen Harry Ristock, Erwin Beck und Alfred Gleitze seit Tagen aufgeputscht" wird, haben sich sechs der zehn Mitglieder des Westberliner Landesjugendrings in einer Resolution ausgesprochen. Unterschrieben wurde sie von der Evangelischen Jugend, der Katholischen Jugend, der Sozialistischen Jugend "Die Falken", der Schreiberjugend, der Naturfreundejugend und dem Bund der Deutschen Pfadfinder. Nicht unterzeichnet wurde die Resolution von der DGB-Jugend, der Jugend der Freikirchen, der DAG-Jugend und der Sportjugend. - Ursprünglich sollte eine einheitliche Resolution zustandekommen, die der Redakteur des Jugendring-Organ "Blickpunkt", Erich Richter, ausgearbeitet hatte. Die DGB-Jugend schoß, auf Sickert-Anweisung, scharf gegen eine solche Absicht. Der DGB-Vorstand alarmierte zu diesem Zweck als Vertreter Horst Haase, der überhaupt nicht mehr in der Jugendarbeit steht, sondern nur noch bei Finanzfragen beratend zum Jugendring hinzugezogen wird. Offenbar glaubte man im DGB-Haus, der "normale" DGB-Vertreter, Klaus Pomereling, könnte sich notfalls als "zu weich" erweisen. DAG-Jugend und Sportjugend hätten mitunterzeichnet, wenn alle Verbände unterschrieben hätten; bei politischen Grundsatz-erklärungen - und als solche gilt diese Erklärung - muß aber Einmütigkeit im Landesjugendring herrschen. - Die sechs Unterzeichner-Verbände weisen die Vorwürfe gegen die "Exponenten des liberal-sozialistischen Flügels der SPD-Mitgliedschaft" als unsachlich zurück. Die Teilnahme an der Vietnam-Demonstration sei nicht verfassungswidrig gewesen, da das Verwaltungsgericht die Demonstration genehmigt habe. Den Redaktionen der Westberliner Blätter "Abend", "Telegraf", "Tagesspiegel" und "Spandauer Volksblatt" wird für die differenzierte Berichterstattung gedankt. Axel Caesar Springer wird aufgefordert, einen mäßigen Einfluß auf seine Westberliner Redaktionen auszuüben und sie endlich anzuhalten, die Diffamierung Andersdenkender einzustellen. Die sechs Verbände übernehmen ferner die "Bürgschaft" für das demokratische Verhalten von Ristock, Beck und Gleitze.

BISCHOF SCHARF: "GOTT HANDELT AUCH IN DER REVOLTE"

Bischof D. Kurt Scharf begrüßte auf einer Mitarbeiterkonferenz der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) die durch Studenten ausgelösten Diskussionen nachdrücklich. Diskussion, so sagte der Bischof, sei legitimes Mittel auch im Raum der Kirche. Man müsse wieder neu lernen, daß Gott kein ansässiger Gott sei und auch in Revolten und Revolutionen handle. Die ESG käme jetzt häufig in die Lage, der "altwerdenden Generation einen heilsamen, seelsorglichen Schock zu versetzen". Das sei zu begrüßen, wenn dieser Schock die Liebe zu den Andersdenkenden berücksichtige. - In diesem Zusammenhang

wird bekannt, daß das Engagement Bischof Scharfs für die Studenten von Mitgliedern der Kirche in Westberlin mehr und mehr dankbar begrüßt wird. Im Juni 1967 protestierten von 10 Briefschreibern an Scharf 9 dagegen, nur einer stimmte zu. Im Februar 1968 dankten Scharf 6 von 10 Briefschreibern für seine pro-studentische Haltung, nur noch vier protestierten dagegen.

SOZIAL-STUDENTEN: ANZEIGE GEGEN SCHÜTZ

Der Westberliner Landesverband des "Studentenverbandes deutscher Sozialschulen" hat in einer Stellungnahme zu den Vorgängen in der Stadt den Rücktritt von Schütz, Neubauer und Sickert von ihren Posten gefordert. Einzelne Mitglieder des SVS haben gegen Schütz, Neubauer, Mattick, Sickert und Amrehn Strafantrag wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch (§ 125) und wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) erstattet.

JUNGDEMOKRATEN: DIENSTAUF SICHTS BESCHWERDE GEGEN SENATSPRESSEAMT

Der Landesverband Westberlin der Deutschen Jungdemokraten - der Jugendorganisation der FDP - hat Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die verantwortlichen Herausgeber des offiziellen Landespressedienstes, Peter Herz und Rudolf Kettlein, erhoben. Im Landespressedienst wurde wahrheitswidrig die Behauptung verbreitet, der Ring Politischer Jugend - dem die Junge Union (CDU), die Jungsozialisten (SPD) und die Jungdemokraten angehören - habe zur Teilnahme an der Senatskundgebung vom Mittwoch vergangener Woche aufgerufen. Ein Beschluß des RpJ-Vorstandes wurde aber nicht herbeigeführt; auch einzelne Vorstandsmitglieder des RpJ haben nicht zur Teilnahme aufgerufen. Der Jungsozialisten-Vorsitzende Grimming, der auf der Kundgebung "für die Berliner Jugend" sprach, trat also als Privatperson auf. Er wurde durch niemanden zu diesem Auftritt legitimiert. Die wesentlichen Westberliner Jugendverbände, die im Landesjugendring zusammengeschlossen sind, hatten sich bereits zuvor gegen das Senatsverbot für die Vietnam-Demonstration ausgesprochen und die autoritäre Haltung des Senats verurteilt.

HINWEISE DER REDAKTION

MONTAG, 4. März, 20 Uhr, spricht der FDP-Abgeordnete Wolfram Dorn (Bonn) in einer Veranstaltung seiner Partei zum Thema "Notstand" (Restaurant Friesenkrug, Berlin 44, Hermannstraße 171).

EINE DOKUMENTATION "Berlin Februar 1968 - Die Presse und die Springer-Presse" mit einem Umfang von 27 Seiten hat der Landesverband der "Falken" zusammengestellt. Sie kann über das Landessekretariat (Telefon 455 10 41) bezogen werden.

ZIEMLICH SCHLEPPEND werden derzeit die Abonnementsgebühren überwiesen. Zur Erinnerung legen wir allen zum Einzelversand gelangenden Exemplaren eine Zahlkarte bei. Wir bitten um baldige Ausgleichung der Konten bis mindestens Ende März 1968.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 6. März, 20 Uhr: Im RC diskutiert der Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses im Bundestag, Ulrich Lohmar (SPD), über das Thema "Hochschulpolitik und Hochschulreform".

DONNERSTAG, 7. März, 20 Uhr: Der Herausgeber der Hamburger "Neuen Politik", Wolf Schenke, spricht im RC zum Thema "Politische Räte heute".

FREITAG, 8. März, 20 Uhr: stellt im "Clubgespräch" Johannes Agnoli seine "Thesen zur Transformation der Demokratie" zur Diskussion. Diese Thesen werden den Clubmitgliedern zusammen mit einem Club-Rundschreiben zugestellt.

SONNABEND, 9. März, 20 Uhr: "Bericht aus Cuba". Clubmitglied Roland H. Wiegenstein war zusammen mit Hans Magnus Enzensberger der einzige Vertreter der Bundesrepublik beim Kulturkongreß in Havanna. Er wird vom Kongreß und seinen Eindrücken berichten. Wiegenstein hat auch einige Tonbänder mit Che-Guevara-Liedern aus Cuba mitgebracht und wird sie vorspielen.

DER ZUSAMMENHANG: VIETNAM UND WESTBERLIN/VON DR. E. KRIPPENDORFF

Es besteht zwischen der amerikanischen Unterdrückung der vietnamesischen Befreiungsbewegung und der Repression von um gesellschaftliche Veränderungen kämpfenden Gruppen in Westberlin mehr als ein nur moralisch-ideologischer Zusammenhang: es gibt auch eine ganz praktische Verbindungslinie.

Vergessen wir nicht: der dritte vietnamesische Krieg (seit 1954) begann, als Präsident Diem von Südvietnam mit amerikanischer Unterstützung, mit amerikanischen Beratern und mit amerikanischen Ausrüstungen die bürgerlichen und linken Gruppen und Kräfte gewaltsam zu unterdrücken begann. Zunächst probierte man hier die Repressionsmaschinerie in kleinem Maßstab aus: manipulierte Wahlen waren davon noch das Geringste; Konzentrationslager das Korrelat; Maschinengewehre, Morde und ein System bewaffneter Polizeimaßnahmen der erste Schritt zu einer Eskalation, die logisch - weil der Widerstand nicht gebrochen werden konnte, sondern sich nur noch verstärkte - zu Massenbombardement und Napalm führte.

Hier lernten amerikanische Spezialisten für Unterdrückungstechniken, wie man mit rebellierenden Minderheiten und schließlich Mehrheiten "fertig" werden kann. Sie wissen auch, wofür sie das lernen: für ihre eigenen Städte. Die Vorbereitungen der amerikanischen Städte für 1968 sehen u. a. Folgendes vor:

Detroit plant die Anschaffung von 100 "Stoner"-Kanonen, deren Geschosse Häuserwände durchschlagen und danach Einzelexplosivkörper versprengen, die alle Objekte innerhalb des Hauses oder des Raumes zerstören.

Philadelphia trainiert 125 Scharfschützen, die vor allem von Hubschraubern und hohen Gebäuden aus operieren können; Versuche mit schweren Waffen und Panzerwesten werden angestellt.

Los Angeles hat u. a. einen M-8-Panzer aus dem Zweiten Weltkrieg aktiviert und seinem Fuhrpark an gepanzerten Fahrzeugen eingereiht.

Die Forschungslaboratorien großer Firmen haben ein ganzes Arsenal von chemischen Waffen für den Einsatz gegen revoltierende Menschenmassen entwickelt, deren extremste Produkte in Vietnam ausprobiert und eingesetzt werden und deren mildere Formen gegen die eigene Bevölkerung gerichtet sind. Die westdeutsche und Westberliner Presse hat bisweilen - ohne Kommentar - einzelne dieser Präparate vorgestellt. Man muß wissen: es gibt eine sehr aktive und intensive Kooperation der Polizeien der westlichen Länder. Man darf mit Sicherheit davon ausgehen, daß auch und gerade die Westberliner Polizei sich sehr genau über diese Entwicklungen in den USA informiert hat und weiter informieren wird. Wäre die Vietnam-Demonstration vom 18. Februar nicht noch in letzter Minute legalisiert worden, wir hätten den ersten Einsatz von Tränengas erlebt. Die Zerschlagung dieser Demonstration wäre gewissermaßen der Wurmfortsatz jener Techniken gewesen, mit denen die vietnamesische Befreiungsbewegung vernichtet werden sollte. Hier liegt ein viel konkreterer, unmittelbarer Zusammenhang zwischen Vietnam und Westberlin, als es uns in der Regel bewußt und deutlich ist.

Es muß eine wichtige Aufgabe der Außerparlamentarischen Opposition sein, von unseren kämpfenden amerikanischen Freunden nicht nur die Techniken des Demonstrierens zu lernen - von Picketing über Sit-ins bis zu Teach-ins - sondern auch beizeiten die Techniken unseres organisierten Gegners zu studieren und uns darauf vorzubereiten, wie wir damit fertig werden wollen. Zunächst genügt - vielleicht - noch die bloße Publizität, die Enthüllung solcher Zusammenhänge und Vorbereitungen auf Seiten von Polizei und politischer Führung; erst wenn solche Vorbereitungen auf systematische gewaltsame Repression nicht durch ihre bloße Publizierung in den Anfängen bereits abgefangen werden, wird man sich auf adäquate Formen der Gegenwehr einzustellen haben.

EXTRA - Dienst Nr. 18/II hat eine verbreitete Auflage von 3 350 Exemplaren .

H. M. ENZENSBERGER: WARUM ICH DIE USA VERLASSE

Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger hat mit einem aufsehenerregenden Brief seinen Rücktritt von seiner Tätigkeit an der Wesleyan University im US-Staate Connecticut begründet. Enzensberger will jetzt in Cuba arbeiten. Der von EXTRA-Dienst im Wortlaut abgedruckte Brief erschien erstmals am 29. Februar 1968 in der amerikanischen Zeitschrift "The New Yorker Review of Books". Ins Deutsche übersetzt wurde der Brief von Bernward Vesper.

Verehrter Präsident, hiermit ersuche ich Sie, meinen Rücktritt als Mitarbeiter am Zentrum für Fortgeschrittene Studien der Wesleyan Universität zu genehmigen. Gleichzeitig möchte ich Ihnen so gut ich kann für die Gastfreundschaft danken, die Sie mir während meines Aufenthaltes hier erwiesen haben. Das Wenigste, was ich Ihnen, der Fakultät und den Studenten schulde, ist die Rechenschaft über die Gründe, die mich bewogen haben, Wesleyan zu verlassen.

Lassen Sie mich mit einigen grundsätzlichen Erwägungen beginnen. Ich halte die Klasse, die die USA beherrscht, und die Regierung, die ihr als Werkzeug dient, für die gefährlichste menschliche Gruppierung der Erde. Diese Klasse ist in der einen oder anderen Weise und in unterschiedlichem Grade eine Bedrohung eines jeden, der ihr nicht angehört. Sie führt gegen mehr als eine Milliarde Menschen einen nicht erklärten Krieg. Ihre Waffen reichen von Bombenteppichen bis zu den raffiniertesten Techniken der Verführung; ihr Ziel ist es, ihre politische, ökonomische und militärische Vorherrschaft über jede andere Macht der Welt zu errichten. Ihr Todfeind ist die revolutionäre Umwälzung.

Viele Amerikaner sind vom Zustand ihrer Nation tief beunruhigt. Sie verwerfen den Krieg der in ihrem Namen gegen das vietnamesische Volk geführt wird. Sie suchen nach Mitteln und Wegen, um den latenten Bürgerkrieg in den Gettos der amerikanischen Städte zu beenden. Aber die meisten von ihnen halten an der Vorstellung fest, daß diese Krisen nur unglückliche Zufälle darstellen, die einem fehlerhaften Management, einem Mangel an Verständnis anzulasten sind: tragische Irrtümer einer im übrigen friedfertigen, vernünftigen, wohlwollenden Weltmacht.

Ich kann dieser Interpretation nicht zustimmen. Der Vietnamkrieg ist kein isoliertes Phänomen. Er ist der sichtbarste Ausdruck und gleichzeitig der blutigste Testfall einer kohärenten internationalen Politik, die fünf Kontinente überzieht. Die herrschende Klasse der Vereinigten Staaten hat Partei ergriffen in den bewaffneten Kämpfen in Guatemala und Indonesien, in Laos und Bolivien, in Korea und Kolumbien, auf den Philippinen und in Venezuela, im Kongo und in der Dominikanischen Republik. Diese Liste ist nicht vollständig. Viele andere Länder werden mit amerikanischer Hilfe von Unterdrückung, Korruption und Hunger beherrscht. Niemand kann sich noch irgendwo sicher und beschützt fühlen, nicht in Europa, nicht einmal in den Vereinigten Staaten selbst.

An der einfachen Wahrheit, die ich hier feststelle, ist nichts Überraschendes oder Originelles. Ich habe hier nicht Raum, sie in wissenschaftlicher Weise zu begrenzen und zu differenzieren. Das haben andere, unter ihnen viele amerikanische Gelehrte wie Baran und Horowitz, Huberman und Sweezy, Zinn und Chomsky ausführlich getan. Soweit ich hier beobachten konnte, hält die akademische Gemeinschaft nicht viel von ihren Werken. Man hat sie als altmodisch, langweilig und rhetorisch bezeichnet, Ausgeburt paranoider Phantasie oder einfach als kommunistische Propaganda. Diese Verteidigungsmechanismen gehören zur Standardausrüstung westlicher Intellektueller. Da ich ihnen hier häufig begegnet bin, nehme ich mir die Freiheit, sie etwas näher zu untersuchen.

Das erste Argument ist eine Angelegenheit der Semantik. Unsere Gesellschaft war in der Lage, die alten sprachlichen Tabus aufzuheben. Niemand wird mehr durch die altertümlichen und unerläßlichen schmutzigen Wörter geschockt. Gleichzeitig wurde eine neue Gruppe von Wörtern durch allgemeinen Konsensus aus der guten Gesellschaft verbannt: Wörter wie Ausbeutung und Imperialismus. Sie erhielten den Anstrich des Obszönen. Die Politik-Wissenschaftler haben ihre Zuflucht zu Paraphrasen und Umschreibungen genommen, die wie die neurotischen Euphemismen des viktorianischen Zeitalters klingen. Einige Soziologen sind soweit gegangen, die Existenz einer herrschenden Klasse überhaupt

zu bestreiten. Es ist ganz offensichtlich einfacher, das Wort Ausbeutung abzuschaffen als die Sache, die es bezeichnet; aber den Terminus zu beseitigen heißt keinesfalls, das Problem beseitigen.

Eine zweite Verteidigungslist ist der Gebrauch der Psychologie als eines Schutzschildes. Man hat mir gesagt, es wäre krankhaft und paranoid, an eine mächtige Gruppe von Personen zu glauben, die für die übrige Welt eine Gefahr darstellt. Das läuft darauf hinaus, daß man besser daran tut, den Patienten zu bewachen als seinen Argumenten zu folgen. Nun ist es nicht einfach, sich gegen Amateur-Psychiater zu verteidigen. Ich muß mich auf einige wesentliche Punkte beschränken. Ich stelle mir keine Verschwörung vor, weil es ihrer gar nicht bedarf. Eine soziale Klasse und besonders eine herrschende Klasse wird nicht durch geheime Bande zusammengehalten, sondern durch das gemeinsame und völlig offensichtliche Eigeninteresse. Ich fabriziere keine Monster. Jeder weiß, daß Bankpräsidenten, Generäle und Rüstungsindustrielle nicht wie Comic-Strip-Dämonen aussehen: sie sind wohlerzogene, nette Herren, möglicherweise Liebhaber von Kammermusik mit philanthropischen Neigungen. An solchen Leuten war selbst im Deutschland der Dreißiger Jahre kein Mangel. Ihr moralischer Wahnsinn leitet sich nicht von ihrem individuellen Charakter her, sondern von ihrer sozialen Funktion.

Schließlich gibt es einen politischen Verteidigungsmechanismus, der mit der Behauptung operiert, daß alle Dinge, die ich vorlege, einfach kommunistische Propaganda sind. Ich habe keinen Anlaß, diesen altehrwürdigen Vorwurf zu fürchten. Er ist unscharf, vage und irrational. Erstens ist das Wort Kommunismus als Singular fast inhaltslos geworden. Es bezeichnet eine große Vielzahl von widerstreitenden Ideen, von denen sich einige sogar gegenseitig ausschließen. Darüberhinaus wird meine Einschätzung der amerikanischen Außenpolitik von griechischen Liberalen und lateinamerikanischen Erzbischöfen, von norwegischen Bauern und französischen Industriellen geteilt: Leuten, von denen man im allgemeinen nicht annimmt, daß sie zur Avantgarde des "Kommunismus" gehören.

Tatsächlich haben die meisten Amerikaner keine Ahnung, wie sie und ihr Land der Welt draußen erscheinen. Ich habe die Blicke gesehen, die ihnen folgen: den Touristen in den Straßen Mexicos, den Soldaten auf Urlaub in fernöstlichen Städten, den Geschäftsleuten in Italien oder Schweden. Der gleiche Blick gilt ihren Botschaftern, ihren Zerstörern, ihren Plakaten in der ganzen Welt. Es ist ein furchtbarer Blick, weil er keine Differenzierung und keine Anerkennung enthält. Ich will ihnen sagen, warum ich diesen Blick wiedererkenne: weil ich ein Deutscher bin. Weil ich ihn auf mir selbst gefühlt habe.

Wenn man versucht, ihn zu analysieren, wird man eine Mischung von Mißtrauen und Resentiment, von Angst und Neid, von Verachtung und direktem Haß entdecken. Er trifft Ihren Präsidenten, für den es wohl kaum noch eine Hauptstadt in der Welt gibt, wo er sein Gesicht in aller Öffentlichkeit zeigen kann; aber er trifft auch die nette alte Lady auf dem Nebensitz beim Flug von Delhi nach Benares. Es ist ein unterschiedsloser, ein manichäischer Blick. Ich liebe ihn nicht. Ich teile nicht den Glauben Ihres Präsidenten an Kollektivurteile und Kollektivschuld. "Vergeßt nicht", sagte er seinen Soldaten in Korea, "wir sind nur 200 Millionen in einer Welt von drei Milliarden. Sie wollen das haben, was wir besitzen, und wir sind nicht bereit, es ihnen zu geben". Nun ist es vollkommen wahr, daß wir alle einen gewissen Anteil an der Ausbeutung der Dritten Welt nehmen. Wirtschaftswissenschaftler wie Dobb und Bettelheim, Jalée und Robinson haben genügend Beweise für die Tatsache erbracht, daß die armen Länder, die wir zu unterentwickelten machen, unsere eigenen Ökonomien subventionieren. Aber Mr. Johnson überschätzt bestimmt seine Position, wenn er voraussetzt, daß das amerikanische Volk ein einziger, gut organisierter Riese wäre, der für seine Beute kämpft. Mehr als das Auge Johnsons wahrnimmt, ist an Amerika zu bewundern. Ich finde in Europa wenig, was sich mit dem Kampf vergleichen ließe, den die Leute von SNCC, vom amerikanischen SDS oder der Verweigerungskampagne führen. Und ich darf hinzufügen, daß ich die Miene des moralisch Überlegenen, die viele Europäer gegenüber den USA zur Schau stellen, unangebracht finde. Sie scheinen es sich als ihr persönliches Verdienst auszurechnen, daß ihre eigenen Imperien zerrüttet worden sind. Das ist natürlich ein hypokritischer Unsinn.

Es gibt jedoch eine Art politischer Verantwortung für das, was das eigene Land der übrige

gen Welt antut. Die Deutschen haben das zu ihrem eigenen Leidwesen nach den beiden Weltkriegern gemerkt. Die Lage Ihrer Union erinnert mich in mehr als einer Hinsicht an die Lage meines eigenen Landes Mitte der Dreißiger Jahre. Ehe Sie diesen Vergleich zurückweisen, bedenken Sie bitte, daß zu diesem Zeitpunkt noch niemand an Gaskammern gedacht oder von ihnen gehört hatte; daß respektable Staatsmänner Berlin besuchten und dem Reichskanzler die Hand schüttelten; und daß die meisten Leute sich weigerten zu glauben, daß Deutschland darauf ausginge, die Welt zu beherrschen. Natürlich konnte jeder beobachten, daß es Rassendiskriminierung und Rassenverfolgung gab; der Rüstungs- etat verzeichnete eine alarmierende Zuwachsrate; und die Einmischung in den Krieg gegen die spanische Revolution nahm ständig zu.

Aber hier versagt meine Analogie. Unsere augenblicklichen Herren verfügen nicht nur über Zerstörungskräfte, von denen die Nazis nicht einmal träumen konnten; sie haben auch einen Grad von Gerissenheit und Fälschung erreicht, der in der alten rohen Zeit unbekannt gewesen ist. Opposition, die sich auf Worte beschränkt, läuft heutzutage Gefahr, zu einem unschädlichen Showgeschäft zu werden, das lizenziert, genau geregelt und bis zu einem gewissen Grade sogar von den Mächtigen ermutigt wird. Die Universitäten sind zu einem bevorzugten Schauplatz dieses zweideutigen Spiels geworden. Natürlich könnte nur ein Dogmatiker der übelsten Sorte behaupten, daß Zensur und offene Unterdrückung der unsicheren und täuschenden Freiheit, deren wir uns jetzt erfreuen, vorzuziehen wären. Aber andererseits kann nur ein Narr leugnen, daß eben diese Freiheit neue Alibis, Fallgruben und Dilemma für diejenigen erzeugt, die gegen das System opponieren. Ich habe drei Monate gebraucht, um herauszufinden, daß die Vorteile, die Sie mir gewähren, mich letztenendes entwapfen werden; daß ich meine Glaubwürdigkeit dadurch verloren habe, daß ich Ihre Einladung und Ihr Stipendium annahm und daß die einfache Tatsache, daß ich unter diesen Bedingungen mich hier aufhalte, entwertet wird, was immer ich zu sagen hätte. "Wenn man einen Intellektuellen beurteilen will, reicht es nicht aus, seine Ideen zu untersuchen; es ist die Beziehung zwischen seinen Ideen und seiner Praxis, die zählt." Dieser Hinweis, den Régis Debray erteilte, bezieht sich im gewissen Sinn auf meine augenblickliche Situation. Um deutlich zu machen, daß ich meine, was ich sage, muß ich ihr ein Ende bereiten.

Das ist ein notwendiger, aber wohl kaum ausreichender Akt. Denn es ist eine Sache, den Imperialismus in allem Komfort zu studieren, und eine ganz andere, ihm dort entgegenzutreten, wo er ein weniger wohlwollendes Gesicht zeigt. Ich bin gerade von einer Reise nach Cuba zurückgekommen. Ich sah die Agenten des CIA auf dem Flughafen von Mexiko City, die von jedem, der nach Havanna fliegt, ein Photo machen; ich sah die Silhouetten der amerikanischen Kriegsschiffe vor der kubanischen Küste; ich sah die Spuren der amerikanischen Invasion in der Schweinebucht; ich sah das Erbe der imperialistischen Ökonomie und die Narben, die sie im Körper und im Geist eines kleinen Landes hinterlassen hat; ich sah die tägliche Belagerung, die die Kubaner zwingt, jeden einzelnen Löffel aus der Tschechoslowakei und jeden Liter Benzin aus der Sowjetunion zu importieren, weil die Vereinigten Staaten seit nun sieben Jahren versuchen, ein kleines Land auszuhungern und zur Kapitulation zu zwingen.

Ich habe mich entschieden, nach Cuba zu gehen und dort geraume Zeit zu arbeiten. Das bedeutet für mich kaum ein Opfer; ich fühle einfach, daß ich vom kubanischen Volk mehr lernen und daß ich ihm von größerem Nutzen sein kann als jemals den Studenten von der Wesleyan Universität.

Dieser Brief ist eine dürftige Art, Ihnen für Ihre Gastfreundschaft zu danken, und ich bedaure sehr, daß das alles ist, was ich als Gegengabe für drei friedliche Monate anzubieten habe. Ich weiß natürlich, daß mein Fall, für sich genommen, für die Außenwelt weder von Bedeutung noch von Interesse ist. Jedoch betreffen die Fragen, die er aufwirft, nicht mich allein. Erlauben Sie deshalb, daß ich sie, so gut ich vermag, öffentlich beantworte.

Ihr sehr ergebener Hans Magnus Enzensberger

SOZIALISTISCHE JUGEND: FASCHISTISCHES POTENTIAL MOBILISIERT ?

Der Ring der Sozialistischen Jugend innerhalb der "Falken" Westberlins hat an seine Mitglieder - die über 16 Jahre alten "Falken" - einen Offenen Brief geschrieben, der vom Vorstand des SJ-Rings, P. Bischof, H. J. Schrankel, B. Tennstedt, G. Soukup und H. Beinert unterzeichnet worden ist. Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut.

"Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken - hat seit ihrem Bestehen ihre Absicht bekundet, für eine neue humane und sozialistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen. Wir können daher zu dem, was sich in den letzten Wochen in dieser Stadt abgespielt hat, nicht schweigen. Wir werden nicht still halten, wenn sich die Rechtsextremisten aller Schattierungen zur Hexenjagd gegen die liberale und sozialistische Opposition formieren. Seit dem 18. Februar weiß jeder, auf welcher Seite die Randalierer und Terroristen zu Hause sind. Noch nie bei Demonstrationen der Linken sind andersdenkende Teilnehmer oder Passanten verprügelt worden. Aber an diesem Sonntag wurden die als Gegendemonstranten getarnten Schlägertrupps der Jungen Union des Herrn Wohlrabe und der NPD auch noch von Bürgermeister Kurt Neubauer empfangen. Seine Aufforderung - "seid in der ersten Reihe dabei, wenn wir die große Freiheitskundgebung machen" - wurde denn auch beachtet, wie wir seit Mittwoch voriger Woche wissen.

Wir haben an der vom Senat dekretierten sogenannten Freiheitskundgebung nicht teilgenommen, weil unser Freiheitsbegriff nicht identisch ist mit dem der Reaktion à la Amrehn und Wohlrabe, und weil eine Verständigungsmöglichkeit auf einer sozialistischen Basis zwischen uns und der Mehrheit der gegenwärtigen Führung der Berliner SPD kaum mehr gegeben ist.

Wir müssen auch feststellen, daß die junge Generation dieser Stadt durch einen Sprecher nicht vertreten war. Der Jungsozialistenvorsitzende Grimming besitzt noch nicht einmal das Vertrauen der Mehrheit der Berliner Jungsozialisten. Sein und der anderen Redner Friedensappelle für Vietnam bleiben bloße Heuchelei, solange das militärische Engagement der USA in Vietnam von ihnen gebilligt wird.

Die reaktionären Pogromtransparente, die Schlägereien und Exzesse vor dem Rathaus Schöneberg waren keine Randerscheinungen; sie waren die Fortsetzung der Reden mit anderen Mitteln.

Der Regierende Bürgermeister hat seine Unfähigkeit zum Regieren einmal mehr hinter dem Haß auf oppositionelle Gruppen verstecken wollen und scheute sich nicht, den offenen Verfassungsbruch zu riskieren, indem er neue Gesetze zur Verhinderung von Demonstrationen ankündigte.

Noch unerträglicher allerdings war die Teilnahme der Gewerkschaftsführung, die damit der Arbeiterbewegung schweren Schaden zugefügt hat. Der DGB-Vorsitzende Sickert, der in den letzten Monaten wiederholt politische Minderheiten verleumdete und die Arbeiterschaft ständig gegen die Studenten aufzuhetzen versuchte, hat sich am Mittwoch letzter Woche selbst als hinterhältiger Lügner entlarvt. Seine Behauptung, die Berliner Gewerkschaften würden sich an Demonstrationen beteiligen, bei denen es wirklich um den Frieden in Vietnam ginge, ist leicht widerlegbar. Eine solche Teilnahme wäre nur möglich, wenn es an der Spitze des Berliner DGB nicht Sickert und seine Clique gäbe.

Wir sagen nicht, daß der Aufmarsch vor dem Rathaus Schöneberg eine faschistische Kundgebung war. Er hat aber dazu beigetragen, das in unserer Gesellschaft latent vorhandene faschistische Potential zu mobilisieren. Das hat sich in blutiger Gewalttätigkeit ausgedrückt. Wir werden dieser Gewalt nicht weichen, fordern von unseren Mitgliedern aber, als Einzelne künftig alle Aktionen zu unterlassen, die sie in die Gefahr physischer Bedrängnis bringen könnten. Unseren politischen Willen werden wir auch künftig dessen ungeachtet geschlossen und ohne Abstriche manifestieren.

An unsere Freunde in der Sozialdemokratischen Partei appellieren wir dafür zu sorgen, daß die progressiven Kräfte in der SPD sich nicht isolieren lassen. Sie werden nur dann

ihren Führungsanspruch durchsetzen können, wenn sie sich energisch allen Manipulationen und Repressionen widersetzen.

Abschließend danken wir allen Mitgliedern, die an der Vietnam-Demonstration teilgenommen haben. Das zentrale Motto dieser Demonstration - "für den Sieg der vietnamesischen Revolution" - entspricht auch der Vietnam-Erklärung der IUSY und den Beschlüssen der Bundeskonferenz unseres Verbandes vom Mai 1967."

===== anzeigen =====

SOZIALISTISCHE HEFTE

- Informativ - Kritisch - Unabhängig - Die Monatsschrift für sozialistische Theorie und Politik mit Dokumentationsteil

1967 erschienen in den "sh" u. a. folgende Beiträge:

- Prof. Dr. W. Abendroth: Sozialistische Arbeiterbewegung und sozialistische Studenten
- Prof. Dr. Karl Bechert: Atomsperrvertrag oder nicht?
- Albert Berg: Positive Alternative gegen Neonazismus
- Prof. Roger Garayds: Marxismus des 20. Jahrhunderts
- Dr. Gerhard Gleissberg: Große Koalition und Mehrheitswahlrecht
- Prof. Dr. W. Hofmann: Zur Ideologie des Antikommunismus
- P. Kounalakis: Der Militärputsch in Griechenland
- Guy Mollet: Sozialismus und Gleichheit
- Prof. Gunnar Myrdal: Probleme der Landreform - eine Lebensfrage der armen Länder
- Bruno Pittermann: Intervention in Vietnam beenden
- Dr. A. Poltarek/ B. Straschun: Die Notstandsgesetze in sowjetischer Sicht

SOZIALISTISCHE HEFTE - Preis 1,50 DM zuzügl. Versandkosten; für Studenten 1,- DM
Zu beziehen durch Albert Berg, 2 Hamburg 39, Riststraße 2 - Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an.

Es wird ein absolut ZUVERLÄSSIGES HAUSWARTS-EHEPAAR zum 1. April gesucht. Erstklassige, komfortable Dreizimmer-Wohnung steht zur Verfügung. Die Frau hat die Reinigung eines guten Wohnhauses mit zwei Aufgängen zu übernehmen, der Mann soll in Teilbeschäftigung die Tätigkeit eines Abendportiers übernehmen. Bezahlung nach Vereinbarung. Es kommen nur Bewerber - nicht zu jung - infrage, die von sich aus unbedingte Akkuratess und Vertrauenswürdigkeit gewährleisten. Keine vorübergehende Nebenbeschäftigung für Studenten. Noch rüstige pensionierte Handwerker, Arbeiter oder Angestellte werden bevorzugt. Kurze Bewerbungen mit stichwortartigen Angaben über bisherige Beschäftigungsverhältnisse sind an die Redaktion des EXTRA-Dienstes unter Chiffre 6802 erbeten. Es werden dort keine telefonischen Auskünfte gegeben.

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: